

Wärme – der Schlüssel zur Energiewende

Künftig müssen die 103 größten Städte im Land eine kommunale Wärmeplanung erstellen. Es geht um den Bau von Nahwärmenetzen. *Von Thomas Faltin*



Die Altstadt in Schwäbisch Hall ist retro, bei der Energieversorgung aber ist die Stadt ein bundesweiter Vorreiter.

Foto: Jürgen Weller

Im runderneuerten Klimaschutzgesetz, das der Landtag demnächst verabschieden will, hat vor allem die Pflicht für Fotovoltaikanlagen auf Gewerbebauten Aufsehen erregt – ziemlich untergegangen ist dagegen, dass die 103 größten Städte im Südwesten künftig eine kommunale Wärmeplanung betreiben müssen. Auf den ersten Blick ist diese Missachtung verständlich, denn kaum etwas hört sich langweiliger an. Doch in Wahrheit könnte sich die Vorgabe als Schlüssel für die Energiewende in Baden-Württemberg entpuppen.

Das untermauern wenige Zahlen. Auf das Heizen (und Kühlen) entfallen im Südwesten 53 Prozent der gesamten Endenergie. Genaue Zahlen, wie viele CO₂-Emissionen durch die Heizungen entstehen, gibt es nicht, aber es handelt sich um mindestens ein Drittel aller Klimagasausstöße. Die Wärmeplanung besitzt also ein riesiges Potenzial – man muss dort zwingend ansetzen, wenn das Land sein Ziel erreichen will, bis 2050 den CO₂-Ausstoß um 90 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 verringert zu haben.

Alle Großen Kreisstädte und kreisfreien Städte – in ihnen wohnt die Hälfte der Bevölkerung im Land – müssen also in den nächsten vier Jahren eine Planung erstellen. Ziel ist es, wegzukommen von Einzelheizungen und stattdessen verstärkt auf die viel effizienteren Nahwärmenetze zu setzen, bei denen etwa ein Blockheizkraftwerk einen ganzen Stadtteil versorgt. Die Energiequelle für solche Mini-Kraftwerke ist heute oft noch Erdgas.

Weiteres Ziel muss es sein, die Nahwärmenetze auf erneuerbare Energien umzustellen. Dafür bieten sich nicht nur Mais oder Holzhackschnitzel in Biogasanlagen an; die Solar- und die Geothermie sind ausgereifte Technologien. Es kommen noch ganz andere Formen in Betracht, etwa die Abwärme aus Industrieanlagen, aus Flüssen, die meist zu warm für die Fauna geworden sind – oder aus dem Abwasser der Kläranlagen. Was sich verrückt anhört, ist längst Realität: Ilsfeld im Landkreis Heilbronn hat eine solche Anlage im vergangenen Jahr in Betrieb genommen. Bisher stammen erst 14 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen.

Max Peters von der Landesenergieagentur Kea-BW erklärt, wie eine kommunale Wärmeplanung konkret ablaufen könnte: Die Stadt erhebt zunächst, wie viel Wärmeenergie bisher benötigt wird und wie diese erzeugt wird. Landesweit hat die Nah- und Fernwärme übrigens erst einen Anteil von sieben Prozent, 80 Prozent der Gebäude werden mit Öl und Gas beheizt. Im nächsten Schritt geht es darum, potenzielle Wärmequellen zu ermitteln; zuletzt müssen die Abnehmer gefunden und angeschlossen werden. Als Pilotstädte gelten Bruchsal, Baden-Baden und Freiburg; der Landkreis Lörrach will auf

Kreisenebene an den Start gehen. Zu den Vorbildern zählt Hamburg.

Dort ist der Einbau von Ölheizungen vom Jahr 2022 an verboten. In Baden-Württemberg wird immer Schwäbisch Hall als bundesweiter Vorreiter genannt: Insgesamt gibt es dort bereits 60 Blockheizkraftwerke, die 80 Prozent der Industrie versorgen und in der Kernstadt zwei Drittel der Fläche mit Wärme bedienen; in einem nächsten Schritt sollen jetzt Nahwärmenetze in den Stadtteilen aufgebaut werden. Rund die Hälfte dieser Wärme wird auch schon ohne Erdgas erzeugt.

OB Hermann-Josef Pelgrim (SPD) betont, dass man schon vor mehr als 20 Jahren in den Ausbau der Nahwärme eingestiegen sei. „Uns geht es um Klimaschutz“, sagt er: „Aber es ist auch eine unternehmerische Tätigkeit, und wir wollen damit Geld verdienen.“ Dreh- und Angelpunkt sind die Stadtwerke. In diesem Jahr wurde der Stadt der Goldstandard beim begehrten European Energy Award verliehen, den in Baden-

Württemberg nur noch 17 weitere Städte und Landkreise erreicht haben.

Die neue Pflicht zu einer kommunalen Wärmeplanung wird von allen Seiten begrüßt – Kritik gibt es aber dennoch reichlich. Michael Fuchs vom Verein „Kommunale Stadtwerke“ fordert etwa eine übergreifende Koordination zumindest auf Landkreisebene; denn sonst könne es passieren, dass eine Stadt alle Ressourcen an Holz oder Mais abräume und für kleinere Kommunen nichts mehr übrig bleibe. Falsch sei auch, dass die Planung zwar verpflichtend erstellt werde, aber dann nicht zwingend umgesetzt werden müsse. Für kleine Städte und Gemeinden gebe es zudem nur ein Förderprogramm: „Aber die Zeit der Freiwilligkeit ist vorbei.“

Völlig ungeklärt sei, wie man Konflikte mit den überörtlichen Energieversorgern moderiert, die zum Beispiel ein großes Interesse daran haben, ihre Gasnetze weiter zu betreiben. Da steht natürlich zuerst die EnBW im Fokus. Deren Sprecher Hans-

jörg Groscurth ist aber nicht so skeptisch. Erstens habe die EnBW selbst ein Interesse daran, die Dekarbonisierung der Kraftwerke, also die Umstellung auf erneuerbare Energien, voranzutreiben. Und zweitens sei es mittlerweile Teil des Portfolios der EnBW, Kommunen bei der dezentralen Wärmeplanung zu unterstützen. „Unter dem Strich könnte man also sagen, dass wir für das Thema kommunale Wärmeplanung mehr Chancen als Risiken für die EnBW sehen“, so Groscurth.

Ein wichtiges Kriterium für den Erfolg der Nahwärmenetze wird der Preis für den Endkunden sein. Der Verbraucher beugt sich ja in eine gewisse Abhängigkeit vom Wärmelieferanten – deshalb muss der Preis zum einen transparent und zum anderen konkurrenzfähig sein. Rechnet man die Investitions- und Wartungskosten etwa für eine Ölheizung mit ein und geht nicht gerade vom derzeitigen Ölpreis von 40 Cent pro Liter aus, so schenken sich Öl, Gas und Nahwärme kaum etwas. Und der Kunde hat den Vorteil, dass er keine eigene Anlage mehr im Keller hat und sich um nichts mehr kümmern muss. Wärme frei Haus – das ist die Zukunft.

„Wir sehen für das Thema mehr Chancen als Risiken für die EnBW.“

Hansjörg Groscurth,
Unternehmenssprecher